Linksblick

Die Zeitung der Linken für Teltow-Fläming

Aktuelles
aus unseren Fraktionen

Beilage »**Ein**blicke«

www.dielinke-tf.de 30. Jahrgang · 302. Ausgabe · **Oktober/November 2026**



Foto: Magnific, EugenePetrunin

Ein krankes System

Der Kapitalismus setzt auf unendliches Wachstum auf einem bereits heute über die Maße ausgebeuteten, endlichen Planeten. In der Medizin nennt man so etwas Krebs.

Und doch scheint dieser Weg für die Merz-geführte CDU/CSU-SPD-Bundesregierung so etwas wie der heilige Gral zu sein. Sozialleistungen werden gekürzt, Versicherungen eingedampft, Arbeitszeiten und Rentenalter verlängert.

Und da das noch nicht reicht, arbeitet Wirtschafts-Lobby-Ministerin Reiche konsequent daran, das Leben der Menschen teurer zu machen und verschafft der fossilen Industrie beste Renditen durch neue Gaskraftwerke, Abhängigkeiten vom Öl und nun wieder einem Tankrabatt. Gleichzeitig werden erneuerbare Energien, die uns unabhängiger von weltweiten Krisenlagen und damit stärker machen, aktiv von der Bundesregierung bekämpft.

Die Leidtragenden? WIR ALLE!

Die Pendlerin, die jeden Tag aus Dahme nach Luckenwalde fahren muss. Der Nachbar in Zossen, dessen Heizkostenabrechnung explodiert ist. Die Familie in Trebbin, die für den Wocheneinkauf plötzlich 50,00 Euro mehr zahlen muss. Und auch das kleine Unternehmen um die Ecke, die Gaststätten oder soziale Vereine, die um ihre Existenz kämpfen, da die Menschen ihr Geld eben nur einmal ausgeben können und der eigene Kühlschrank, die Heizung und das Auto systembedingt Priorität haben.

Solch ein System, dessen Führung im Schnitt der letzten Jahre lieber rund 100 Mrd. Euro für fossile Energieabhängigkeit ausgibt anstatt für Energieunabhängigkeit, kann mit Fug und Recht als krank und abartig bezeichnet werden. Doch was wären denn die Alternativmöglichkeiten? Kapitalismus abschaffen! Da das auf absehbare Zeit jedoch nicht möglich ist, wäre eine Einführung von Produktionspreisdeckeln, bei denen Hersteller die Preise ihrer Produkte erklären müssen, ein sinnvoller Anfang. Egal ob Benzin, Butter oder E-Autos. Die Einführung einer Margendeckelung und die Berechnungsorientierung an Weltmarktpreisen für beispielsweise Öl, Milch und Stahl oder Lithium würden sofort helfen, die künstlich aufgeblasene Inflation der letzten Jahre wirkungsvoll zu bekämpfen.

Um das umzusetzen, bräuchte es natürlich eine effektive staatliche Kontrolle durch Zoll und Kartellamt. Das Ganze würde sogar fast ohne zusätzliche Bürokratie auskommen, denn die Unternehmen müssen die Preise und Margen ihrer Produkte je ohnehin kalkulieren. So machen wir es nur transparenter. Schicken wir dieses kranke System zum Arzt!

Tobias Lübbert,
Mitglied des Kreisvorstandes

Thierisch gesehen



Foto: A. Mattescheck

Liebe Leser*innen, liebe Genoss*innen,

Unsere Nachbar*innen in Berlin haben gewählt – und wie! Die Angriffe des politischen Establishments auf diesen Sieg der Linken haben einen einfachen Grund: Wir legen uns mit den Reichen und Mächtigen an, um das Leben der Menschen wieder bezahlbar zu machen. Das wollen sie verhindern.

Ja, einzelne unserer Funktionsträger*innen und Aktivist*innen haben Fehler gemacht. Das arbeiten wir offen und transparent auf. Auch in der gesellschaftlichen Linken gibt es Antisemitismus. Aber die ganze Partei wegen Palästina-Solidarität unter Generalverdacht zu stellen, lassen wir nicht zu. Jüdinnen und Juden sollen wissen: Wir nehmen eure Sorgen ernst. Unsere Partei steht entschieden gegen jeden Antisemitismus und wird jüdisches Leben schützen. Dafür hat die Berliner Linke einen viel beachteten 5-Punkte-Plan vorgelegt. Gleichzeitig darf Antisemitismus nicht benutzt werden, um von Mieten, Vergesellschaftung und dem Leid in Palästina abzulenken. Berlin hat links gewählt. Und Berlin soll links bekommen.

Felix Thier,
Vorsitzender des Kreisverbandes

Die Linke
Kreisverband Teltow-Fläming

Ost-West-Annäherung

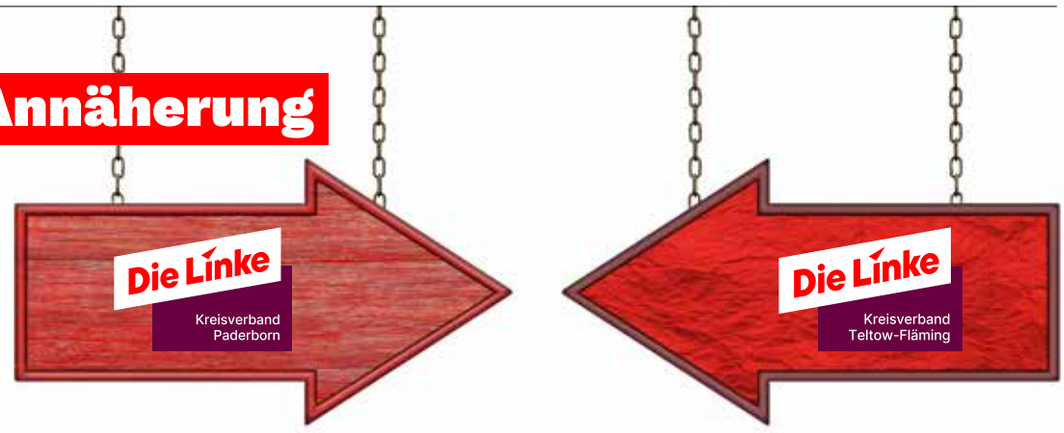


Foto: Magnific, user13072922

Paderborn ist ein Partner unseres Landkreises. Auch Die Linke möchte diese Partnerschaft vorantreiben. Ein Erfahrungsaustausch zwischen Ost und West, zwischen Stadt und Land, zwischen Genoss*innen ist geplant. Beginnend mit einem ersten digitalen Treffen der Kreisverbände im Oktober soll so die Kooperation zwischen den Kreisverbänden vorangetrieben werden. Weitere Ideen sind gemeinsame digitale Workshops, gegenseitige Besuche und Hilfe in Wahlkämpfen.

Gerade der gegenseitige physische Besuch scheint hierbei natürlich eine große Herausforderung, wenn man bedenkt, wie schwierig es sich gestalten kann mit den direkten Nachbarlandkreisen zu kooperieren. Doch genau das ist der Ansporn. Kooperation und Austausch bringen uns voran. Egal ob 40 oder 400 Kilometer zwischen uns liegen. Wir, hier im Osten, sind anders geprägt als »die Wessis«. Gerade um den 3. Oktober herum wird Deutschland bewusst, wie gespalten es immer noch ist. Und hiermit ist nicht gemeint, dass die AfD ein paar Prozente mehr im Osten holt als im Westen. Es sind die Verlusterfahrungen zur Wendezeit und das Handeln der Treuhand, die Hoffnungen und Enttäuschungen der 1990er und 2000er Jahre, noch immer klaffende Lücken zwischen Einkommen von Ost und West und vieles mehr. Mehr gegenseitiges Verständnis und ein Fokus auf Gemeinsamkeiten sollen die Zukunft und den Austausch mit Paderborn prägen. 36 Jahre deutsche »Einheit« heißen auch, dass genauso lange Menschen geboren wurden, die die Trennung nicht kannten, aber immer noch unter den Folgen von Treuhand und Co. leiden. Wenn unsere Bundesregierungen seit 36 Jahren keine Einheit schaffen, dann sorgen wir selbst dafür!

Tobias Lübbert,
Mitglied des Kreisvorstandes

Verändern braucht Mitmachen

Am Wochenende vom 2. bis zum 4. Oktober fand die 36. Landesmitgliederversammlung der Linksjugend ['solid] Brandenburg statt. Dieses Mal, parallel zur Landesvollversammlung der Linksjugend ['solid] Berlin am selben Tagungsort: die Jugendherberge am Ostkreuz Berlin.

Die Tagesordnung beinhaltete unter anderem Workshops, Debattenräume, die Wahl der Landesschatzmeisterei, des Landessprecher*innenrates, dessen Vorstand, der Delegierten zum Bundeskongress und der Delegierten zum kommenden Landesparteitag der Partei.

»Die LMV ist das höchste Organ des Vereins. Sie ist mindestens einmal im Geschäftsjahr durch den Landessprecher*innenrat einzuberufen.« – Satzung der Linksjugend ['solid] Brandenburg

Am Freitag trafen wir Mitglieder der Ludwigsfelder ['solid] ein und wurden prompt mit Zimmern und einem warmen Abendessen versorgt, bevor die Vernetzung mit Genoss*innen aus ganz Berlin und Teilen Brandenburgs begann.

Am Samstag um 14:00 Uhr sollte es eigentlich zur Konstituierung kommen, aber nach der ersten Zählung wurde klar, dass nicht genug ordentliche Mitglieder erschienen waren, um tatsächlich über Beschlüsse abstimmen zu können.

»Die LMV wird vom Landessprecher*innenrat mit einer Frist von 4 Wochen unter Angabe der Tagesordnung schriftlich einberufen. Die LMV ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde und mindestens 10 Prozent der ordentlichen Mitglieder anwesend ist.«

Satzung der Linksjugend ['solid] Brandenburg

Von den 480 ordentlichen Mitgliedern in Brandenburg hätten nach der Satzung 48 erscheinen müssen, um die Beschlussfähigkeit zu sichern. Tatsächlich vor Ort waren aber nur etwas unter 30, wobei die Zahl ohne Sympathisant*innen und passive Mitglieder noch stärker geschrumpft wäre.

Damit war schnell klar: Die eigentlich geplanten Wahlen und Beschlüsse konnten nicht stattfinden. Was zunächst wie ein organisatorisches Problem erscheinen mag, wirft eine grundsätzliche Frage auf: Was bedeutet es für einen Jugendverband, wenn ein großer Teil seiner Mitglieder nicht an den eigenen Mitgliederversammlungen teilnimmt? Eine Landesmitgliederversammlung lebt davon, dass Mitglieder ihre Stimme einbringen. Gerade wenn es um Wahlen, politische Positionierungen und die Ausrichtung des Verbandes geht, kann diese Verantwortung nicht allein bei den wenigen liegen, die tatsächlich vor Ort erscheinen. Demokratie innerhalb eines Verbandes funktioniert nur, wenn sie auch genutzt wird.

Die ausgefallenen Wahlen und Beschlüsse müssen nun nachgeholt werden. Dafür gibt es einen neuen Termin: Am 31. Oktober findet die nächste Landesmitgliederversammlung der Linksjugend ['solid] Brandenburg statt und das sogar hybrid! Das ist die Gelegenheit, die am ersten Oktoberwochenende nicht zustande gekommenen Entscheidungen nachzuholen.

Deshalb unser Aufruf an alle ordentlichen Mitglieder:
Schaltet am 31. Oktober zur Landesmitgliederversammlung ein!

linksjugend ['solid]

Wenn du noch kein aktives Mitglied bist, tritt ein und sei dabei! Bringt euch ein, diskutiert mit, stellt Fragen, kandidiert, stimmt ab und entscheidet gemeinsam mit anderen Mitgliedern darüber, wie es mit der Linksjugend ['solid] Brandenburg weitergeht.
Am 31. Oktober zählt jede Stimme.
Seid dabei!

Valentin Kühler, *Linksjugend ['solid] Teltow-Fläming*

Geld für Konzerne statt für die Menschen

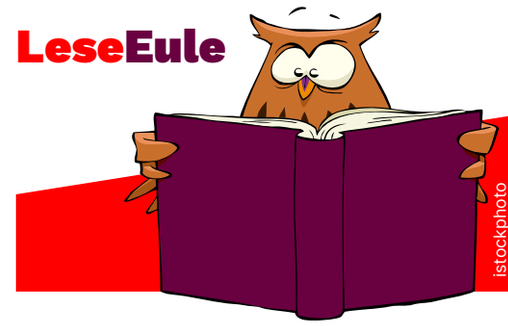
Im Eilverfahren drückten die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD in der ersten Woche nach den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin die dritte Auflage des Tankrabatts durch den Bundestag. Von Oktober bis Ende Dezember sollen die Spritpreise erneut um 14 Cent pro Liter fallen. Erklärtes Ziel ist es, damit all jene zu entlasten, die im Alltag auf das Auto angewiesen sind.
Zweifelsohne ist eine Entlastung der Menschen von explodierenden Preisen nötig. Das gilt nicht nur an der Zapfsäule. Längst überfällig sind auch Entlastungen an der Supermarktkasse und beim Wohnen.
Der Tankrabatt ist jedoch der falsche Weg. Denn er entlastet alle Autofahrer*innen, unabhängig von ihrem Einkommen. Menschen, die sich kein Auto leisten können, erreicht die Maßnahmen nicht einmal. Wer kein Auto hat, wird von der CDU/CSU-SPD-Bundesregierung auch noch gestraft. Der Preis des Deutschlandtickets soll ab 2027 auf 66,80 Euro steigen.
Gleichzeitig kürzt diese Bundesregierung bei von Armut bedrohten und betroffenen Menschen radikal. SPD und CDU/CSU legen mit ihren Reformen im Gesundheitssystem, der Rente und dem Bürgergeld die Axt an den Sozialstaat. Und auch der Haushalt, den der Bundestag aktuell berät, setzt diesen Kurs fort: Allein das Wohngeld wollen CDU/ CSU und SPD um 1,5 Mrd. Euro zu kürzen und selbst der Zuschuss für die ärmsten Kinder in Höhe von 25,00 Euro wird gestrichen. Kostenpunkt des Tankrabatts gleichzeitig: 2,5 Mrd. Euro. Das ist eine vollkommen falsche Prioritätensetzung! Hinzu kommt, dass ein Tankrabatt ohne Übergewinnsteuer absolute Geldverschwendung ist. Denn so spült der Tankrabatt vor allem Geld in die Kassen der Mineralölkonzerne. Aus diesem Grund haben wir als Fraktion alle den Tankrabatt in der namentlichen Abstimmung abgelehnt.

Kürzung beim Wohngeld: Armut wird vertieft

Der linke Sozialexperte Ulrich Schneider hat berechnet, dass bis zu acht Millionen Menschen von den Kürzungen dieser Bundesregierung getroffen werden. Besonders hart trifft es Menschen, die sowieso schon wenig haben, zum Beispiel all jene, die Wohngeld beziehen. Schneider schreibt: »Die Kürzungen beim Wohngeld werden die Armut in Deutschland ganz unmittelbar vertiefen und verbreitern. Derzeit kommt das Wohngeld über 2,5 Millionen Menschen in etwas über 1,2 Mio. Haushalten zugute, darunter etwa die Hälfte Haushalte von Rentner*innen. Nach den Plänen von Bauministerin Verena Hubertz (SPD) soll etwa ein Drittel von ihnen ihren Wohngeldanspruch komplett verlieren, wenn ihre aktuellen Bewilligungsbescheide ausgelaufen sind. Auch alle verbleibenden Wohngeldbeziehenden müssen über eine veränderte Berechnungsformel und die Halbierung des Heizkostenzuschusses mit empfindlichen Kürzungen rechnen. Von armutspolitischer Bedeutung ist, dass das Wohngeld für viele von ihnen das letzte Halteseil darstellt, das sie noch vor dem Gang zum Sozialamt oder dem Jobcenter bewahrt. Sollten die Pläne der Ministerin Wirklichkeit werden, wird die Zahl der Aufstocker in der Grundsicherung für Arbeitssuchende, vor allem aber der Menschen in Altersgrundsicherung massiv ansteigen. Hubertz selbst geht für das Jahr 2029, wenn ihr Gesetzesvorhaben volle Wirkung entfalten würde, von 74.000 Haushalten aus, die bei den Jobcentern Grundsicherung beantragen müssten und 89.000, die in die Altersgrundsicherung fallen werden. Je nach Haushaltsgröße dürften damit einige hunderttausend Menschen betroffen sein.«
Die Linke fordert die Kürzungen zu stoppen und den Kreis der Anspruchsberechtigten auszuweiten. Das würde Menschen, die gerade nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen, wirklich helfen.


Foto: privat

Isabelle Vandre, *Mitglied des Bundestages, Fraktion Die Linke*



Heidi Benneckenstein

»Ein Deutsches Mädchen – Mein Leben in einer Neonazi-Familie«

Das Sachbuch »Ein Deutsches Mädchen« erzählt das Leben von Heidrun Redeker, die in den 1990er und 2000er Jahren in einer Neonazi-Familie aufwächst. In achtzehn Kapiteln berichtet sie ihr Aufwachsen in einer nationalsozialistisch geprägten Welt bis hin zu ihrem schwierigen Ausstieg aus der Szene.
Das Buch ist keine klassische »linke« Lektüre und gerade das macht es wertvoll. Es ermöglicht einen unmittelbaren Einblick in die Welt, die für viele außerhalb der rechtsextremen Szene unvorstellbar ist. Benneckenstein schildert Begegnung mit bekannten Rechtsextremisten, von Kontakten in das Umfeld des NSU und davon, wie sie von Geburt an die nationalsozialistische Ideologie ausgelebt hat. Dadurch wird deutlich, wie Nationalsozialismus selbst nach dem Ende des Dritten Reiches ausgelebt und verbreitet wird.
Beim Lesen bleibt eine bedrückende Mischung aus Fassungslosigkeit und Unverständnis zurück. Es wirkt zunächst so unfassbar, dass man sich kaum vorstellen kann, dass es diese Strukturen wirklich gibt und sie nun wieder mehr Zuspruch erfahren. Doch darin liegt das Wichtige des Buches: Es macht Rechtsextremismus und vor allem Nationalsozialismus nicht abstrakt, sondern zeigt, wie er im Alltag, in Familien und sozialen Beziehungen weitergegeben kann. Besonders eindrücklich ist der beschriebene Ausstieg von Benneckenstein und ihrem Partner Felix, der selbst jahrelang als rechtsextremer Liedermacher aktiv war.
Ihre Geschichte zeigt, dass der Ausstieg ein langer Prozess voller Zweifel, Konflikte und Rückschläge ist. »Ein Deutsches Mädchen« ist deshalb mehr als eine persönliche Lebensgeschichte, es hilft rechtsextreme Strukturen zu verstehen und zeigt, wie wichtig es ist, hinzusehen und dagegen Haltung zu zeigen.

Heidi Benneckenstein
»Ein Deutsches Mädchen – Mein Leben in einer Neonazi-Familie«
ISBN: 978-3-608-50420-0
Herausgeber: Tropen
2019 erschienen
256 Seiten, 12,00 Euro



Gesicht zeigen gegen Rechts



Foto: gesichtergegenrechts.org

Am 25. September wurde es im Linkstreff Ludwigsfelde bunt: Beim Fotoshooting von »Gesichter gegen Rechts« haben Menschen aus Ludwigsfelde und der Region ihr Gesicht gezeigt: Wir lassen uns unsere Demokratie, unsere Vielfalt und unsere Solidarität nicht nehmen.

Warum das gerade jetzt wichtig ist, zeigt ein Blick auf Brandenburg. Im März wurde die Geschäftsstelle der Linken in Cottbus angegriffen, eine Scheibe ging zu Bruch. Am 18. September wurde ein Solid-Treffen in der Geschäftsstelle der Linken in Königs Wusterhausen von Neonazis belagert. Einen Tag später wurden in Oranienburg bei einer CSD-Afterparty im Linken-Büro Menschen von Neonazis bedroht, es wurden an die Scheiben rechte Aufkleber angebracht und Nazi-parolen gerufen. Am 3. Oktober folgte dort der nächste Angriff: In der Geschäftsstelle wurde eine Veranstaltung angegriffen und Reizgas versprüht. Ein Mensch musste anschließend ins Krankenhaus.

Auch bei den diesjährigen CSDs in Brandenburg mobilisierten rechte und rechtsextreme Gruppen gegen queere Menschen. In Rathenow trat eine rechtsextreme Gruppe zum Gegenprotest an, in Königs Wusterhausen gingen Dutzende Neonazis gegen den ersten CSD der Stadt auf die Straße. Auch in Frankfurt (Oder) und anderen Orten wurde gegen den CSD mobilisiert. Die Botschaft dahinter ist klar: Öffentliche Sichtbarkeit soll eingeschüchtert und zurückgedrängt werden.

Gleichzeitig zeigen die Wahlen, wie stark die AfD inzwischen ist. In Sachsen-Anhalt erreichte sie 43,8 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern 38,2 Prozent. Bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl kam sie auf 16,3 Prozent. Rechte Positionen werden größer, selbstbewusster und aggressiver. Genau deshalb müssen wir Gesicht zeigen gegen Rechts. Nicht nur auf Demonstrationen und nicht nur in den sozialen Medien, sondern im Alltag, in unseren Städten, Vereinen, Betrieben und Nachbarschaften. Wer Gesicht zeigt, macht sichtbar, dass die Rechten nicht unwidersprochen bleiben. Dass Vielfalt kein Angriff, sondern Realität ist. Und dass Demokratie davon lebt, dass Menschen für sie einstehen.

Das Fotoshooting in Ludwigsfelde war deshalb mehr als eine Fotokampagne. Jedes einzelne Porträt sagt: Ich bin da. Ich schaue nicht weg. Ich überlasse den öffentlichen Raum nicht denen, die Angst verbreiten wollen. Wir sind viele. Und wir zeigen Gesicht. Das ist heute nötig.

Robert Kosin,
Geschäftsführer des Kreisverbandes

Sozialabbau in Brandenburg:

Ein gefahrvoller Sparkurs auf dem Rücken unserer Kinder


Foto: privat

Der Spardruck der aktuellen SPD-CDU-Landesregierung und der CDU/CSU-SPD-Bundesregierung erreicht eine neue Ebene. Angesichts der angekündigten Kürzungen stellt sich drängender denn je die Frage: Wo soll eigentlich noch gespart werden? Wie viel Abbau im sozialen Bereich ist der Bevölkerung überhaupt noch zumutbar?

In ganz Brandenburg drohen derzeit Stellenabbau- und Sozialpläne, die darauf abzielen, das Erzieherpersonal in Kitas und Horten zu reduzieren. Das vorgebrachte Hauptargument: Wirtschaftlichkeit. Die Kommunen stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand, während wirksame Entlastungen aus Potsdam und Berlin ausbleiben. Doch der gewählte Ausweg ist paradox: Nach Jahren des eklatanten Personalmangels, in denen Fachkräfte dauerhaft an Leistungsgrenzen arbeiteten, sollen nun eben jene Erzieher*innen entlassen werden. Anstatt nach Krisenjahren endlich Versäumtes aufzuarbeiten und Kinder in ihrer Entwicklung bestmöglich zu fördern, fehlt angeblich das Geld. Einrichtungen stehen vor der Schließung, hunderte Fachkräfte bangen um ihre Existenz – und in der breiten Öffentlichkeit wird das Thema erschreckend wenig thematisiert.

Die derzeitige Landesregierung hat sich Nachhaltigkeit auf die Fahnen geschrieben. Doch eine Politik, die die jüngste Generation ausspart, verdient diese Bezeichnung nicht. Dieser Sparkurs im Bildungs- und Betreuungssektor ist fahrlässig und nicht mehr tragbar. Die Politik muss jetzt handeln – es ist längst nicht mehr fünf vor zwölf, sondern zehn nach zwölf. Gewerkschaften wie der DGB, ver.di und die GEW sowie die Opposition fordern zu Recht eine verlässliche finanzielle Ausstattung der Kommunen. Es ist inakzeptabel, hochbelastete Fachkräfte auf reine Kostenpunkte in Tabellen zu reduzieren und die Entwicklungschancen von Kindern aufs Spiel zu setzen, um Haushaltszahlen schönzurechnen. Es ist keine Ermessensfrage: Die Landesregierung muss die erforderlichen Mittel bereitstellen.

Der Appell an die Landespolitik in Potsdam kann nur lauten: Lernt aus den gravierenden Fehlern der 1990er-Jahre! Damals führte ein massiver Personalabbau zu Versorgungsengpässen, deren Folgen uns bis heute beschäftigen. Wer einmal aus dem Beruf oder dem Land vertrieben wird, kehrt so schnell nicht zurück.

Nur weil Kinder keine wirtschaftliche Lobby hinter sich haben, dürfen sie nicht zur Disposition gestellt werden. Im Gegenteil: Es gehört zur Kernpflicht einer verantwortungsvollen Politik, die Schwächsten der Gesellschaft zu schützen. Potsdam muss jetzt Haltung zeigen und seiner Verantwortung für die Zukunft unseres Bundeslandes nachkommen.

Elian Franz,
Mitglied des Kreisvorstandes

Politik ist nicht männlich – Frauen in die Parlamente!


Foto: privat

Nach den größtenteils bitteren Wahlabenden im September geht die AfD als große Siegerin hervor. In allen drei Bundesländern konnte die rechtspopulistische, in Teilen rechtsextreme Partei an Zustimmung gewinnen, insbesondere bei männlichen, aber auch bei weiblichen Wählenden. Insgesamt stimmten in Sachsen-Anhalt 40 Prozent der Frauen für die AfD, in Mecklenburg-Vorpommern waren es 33 Prozent und schließlich in Berlin konnte die AfD 13 Prozent der weiblichen Stimmen auf sich vereinen.
Doch ein Blick auf die neuen Landtagsfraktionen zeigt einen deutlichen Widerspruch: Obwohl die AfD immer mehr von Frauen gewählt wird, sind Frauen in ihren Fraktionen kaum vertreten. In Mecklenburg-Vorpommern ziehen sechs Frauen für die AfD in den Schweriner Landtag ein, damit liegt der Frauenanteil bei knapp 19 Prozent. Im Berliner Abgeordnetenhaus werden künftig vier Frauen für die AfD sitzen, sodass sie einen Frauenanteil von knapp 14 Prozent haben werden. Besonders drastisch ist die Situation in Sachsen-Anhalt: Von insgesamt 39 Abgeordneten sind gerade einmal zwei Frauen im kommenden Landtag, der Frauenanteil liegt damit bei nur 5,1 Prozent. Damit setzt sich ein bekanntes Muster fort: Die AfD bleibt weiterhin eine Partei, in deren parlamentarischen Strukturen weibliche Personen deutlich unterrepräsentiert sind. Das ist wenig überraschend, denn die meisten Frauen wollen im Gegensatz zur AfD keine frauenfeindliche Politik. Genau hier setzt Die Linke einen bewussten Gegenentwurf. Mit bundesweiten Mindestquotierungsregelungen schafft sie Strukturen, die Frauen eine gleichberechtigte Chance auf politische Teilhabe ermöglichen. Das findet sich in den drei neu gewählten Parlamenten wieder, in allen drei Ländern liegt der Frauenanteil der Linken Abgeordneten zwischen 50 und 60 Prozent. Doch für uns ist eine Mindestquotierung mehr als eine reine Formalität: Politische Gleichberechtigung muss organisiert, eingefordert und umgesetzt werden. Parlamente müssen die Gesellschaft in ihrer Vielfalt widerspiegeln. Denn Repräsentation ist kein Geschenk, sie ist ein demokratisches Recht. Deshalb gilt: Politik ist nicht männlich. Frauen gehören in die Parlamente und wir kämpfen dafür, dass sie dort gleichberechtigt vertreten sind!

Phieby Skadow,
Mitglied des Kreisvorstandes

Rückblick

Die Frage nach dem »Wie weiter?«

Am 26. September waren die Mitglieder des Stadtverbandes Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal zur Versammlung eingeladen. Was technisch klingt, war es jedoch nicht: verbunden wurde das mit gemütlicher Atmosphäre bei einem gemeinsamen Grillen sowie Kaffee und Kuchen im Haus Sonnenschein in Luckenwalde. Erik Scheidler als eines der Mitglieder des Stadtvorstandes bilanzierte die zurückliegenden Monate aus Sicht der Linken. Nachfolgend geben wir seine Rede in Auszügen wieder.

Felix Thier und Erik Scheidler,
Stadtverband Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal

»Wir leben in einer sehr emotional aufgeladenen Zeit. Die jüngsten Wahlen sind durch starke politische Auseinandersetzungen in den Wahlkämpfen geprägt gewesen, die im Ergebnis einen weiteren Rechtsruck in der Politik und im öffentlichen Gemeinwesen in Deutschland markieren.

Die Politik und die Beschlüsse zu deren Umsetzung der Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD auf Bundesebene stoßen bei vielen Bürger*innen in den Dörfern, Städten und Bundesländern auf keine Gegenliebe, denn bei der Aufrüstung kennt diese Regierung keine Grenzen: Ihrem Haushaltsplan zufolge sollen die Militärausgaben 2027 auf insgesamt rund 140 Milliarden Euro steigen, 2030 sollen es sogar über 180 Milliarden sein. Fasst man alle geplanten Militärausgaben zusammen, wird jeder dritte Euro des Bundeshaushalts für das Militär ausgegeben.
Doch während bei der Aufrüstung Schulden in Rekordhöhe entstehen, bleiben Bildung, Gesundheit und Soziales weiter unter permanentem Kürzungsdruck.
Während immer größere Teile unserer Bevölkerung ihr Vertrauen in die Demokratie verlieren, setzt diese Regierung ihren rabiaten Kürzungskurs fort.
Sie kürzt bei Familien und bei Alleinerziehenden beim Elterngeld, beim Kinderzuschlag und beim Unterhaltsvorschuss.
Sie kürzt beim Wohngeld und lässt Millionen Menschen, die bereits jetzt mit den explodierenden Mietkosten kämpfen, allein. Inmitten einer Industriekrise, die Hunderttausende Jobs bedroht, kürzt sie bei der Grundsicherung. Und sie sorgt mit dem Sparkurs im Gesundheitswesen dafür, dass die Mehrheit der Menschen eine schlechtere Versorgung erhält und dafür noch mehr zuzahlen muss.
Was gänzlich ausbleibt, ist eine Entlastung der Länder und Kommunen, die bereits jetzt am finanziellen Abgrund stehen. Marode Schulen, gesperrte Brücken und geschlossene Schwimmbäder führen den Menschen jeden Tag vor Augen, dass ihre Bedürfnisse hintenangestellt werden.
Es gab und gibt also viel zu diskutieren und kritisch zu begleiten. Der Stadtvorstand hatte daher im zurückliegenden Zeitraum den Basistreff einmal im Monat wiederbelebt. Für die älteren von uns war die Nachmittagszeit 15:00 Uhr optimal. Für diejenigen von uns, die noch im Arbeitsprozess stehen, ist diese Zeit ungünstig. Deshalb gab es den Versuch, in den Abendstunden dieses Angebot für alle zu etablieren, leider ohne Resonanz.
Mit dem KlassenMampf am Samstagvormittag wurde ein Angebot aufgebaut, welches dazu dient, Jung und Alt zusammenzubringen und Aktionen in der Stadt zu initiieren. Der KlassenMampf wird nach wie vor angenommen und ist meist gut besucht.
Es ist für den zurückliegenden Zeitraum einzuschätzen, dass es uns bisher nicht gelungen ist, unsere »Neumitglieder« in die politische Arbeit einzubeziehen. Wir sind gespannt, ob wir Wege finden können, die uns, junge und alte, Neumitglieder und langjährige Genoss*innen näher zusammenbringen und wir den Staffelstab an die jungen Mitglieder weitergeben können.«



Vanessa ist in Berlin (damals West) großgeworden und nach der Geburt ihres zweiten Kindes aufs Land nach Thyrow (Stadt Trebbin) gezogen. Sie arbeitet als Ärztin bei der Rentenversicherung und ihr liebstes Hobby ist das Wandern.

Was ist für dich links?
In erster Linie steht links für mich für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Für Respekt allen Mitmenschen und der Umwelt gegenüber. In meiner linken Vision achten wir uns gegenseitig in unserer Verschiedenheit. Wir unterstützen einander, wo es nötig ist und weil es bereichert. Wir setzen die Prioritäten bei Zugang zu Bildung, Wohnen, Gesundheit und gesellschaftlicher Teilhabe für alle anstatt bei Reichtum und Profit von wenigen.

Warum bist du in unserer Partei?
Ich wollte nicht mehr weiter nur zugucken und kritisieren, wie die Spaltung unserer Gesellschaft voranschreitet. Stattdessen will ich versuchen, meinen Teil beizutragen, hieran etwas zu verbessern.

Was regt dich auf?
Wenn Menschen sich für etwas Besseres halten und keinerlei Interesse an anderen Sichtweisen haben. Und wenn Gewalt als Mittel von Machtdemonstration benutzt und normalisiert wird.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?
Wie gefährlich die Linken nach der Wahl in Berlin wahrgenommen werden – auch wenn es naiv war, davon überrascht zu sein.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – Wie gern lebst du hier?
Ich habe immer gerne in Deutschland gelebt. Urlaub ist toll, aber zu Hause ist hier.

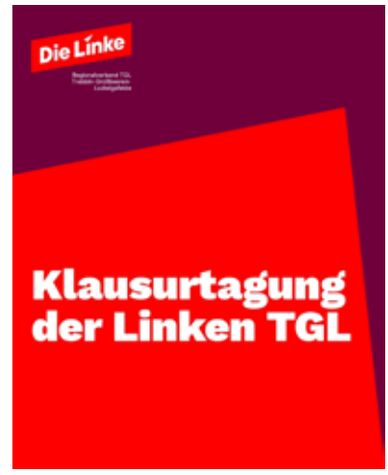
Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?
Aufrichtigkeit, Warmherzigkeit und Humor.

Wie soll Trebbin in zehn Jahren aussehen?
Wie es aussieht, ist mir weniger wichtig, als wie darin gelebt wird. Ich wünsche mir, dass es ein Ort mit vielen Ortsteilen ist, in dem wir uns gegenseitig wahrnehmen und zuhören. In dem Offenheit und Zusammenhalt das normale Miteinander sind.

Was bedeuten Kunst und Kultur für dich?
Sie sind wie das Salz in der Suppe, auf das niemand verzichten möchte. Abschalten, sich erfreuen, neues entdecken, Talente ausleben. Aber sie transportieren auch wichtige Aussagen. Freiheit in Kunst und Kultur ist ein wichtiges Gut.

Nachgefragt hat
Felix Thier

TGL setzt Kurs Richtung 2029



Die Linke TGL (Trebbin-Großbeeren-Ludwigsfelde) hatte dieser Tage eine Klausurtagung zwischen Vorstand und Fraktionen. Ziel des fünfstündigen Austauschs war die organisatorische Planung der kommenden Monate. Zudem sollte das Treffen den Aufschlag zur Vorbereitung auf das Superwahljahr 2029 darstellen. Ortsbeiräte, Gemeindevertretung, Stadtverordnetenversammlung, Kreistag, Landtag, Landrätin und Bundestag sowie Europäisches Parlament, all diese Wahlen stehen im Jahr 2029 an und Die Linke TGL möchte sich dafür bereits jetzt gut aufstellen. Ab November soll sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern und Sympathisant*innen, regelmäßig treffen, um den Weg bis 2029 strukturiert zu meistern. Die Gewinnung von Kandidierenden für die Kommunalwahlen sowie deren Bekanntmachung und die thematische Schwerpunktsetzung in den Vorwahljahren sollen Kernthemen dieser Gruppe sein.
Zugegeben, die Wahlen am Ende dieser Dekade scheinen den meisten noch sehr weit entfernt. Doch ist es sowohl für die Kandidierenden als auch für die langfristige Ausrichtung unserer Partei von Vorteil, so viel Zeit wie möglich für die aktive (Wähler-) Arbeit in der Region nutzen zu können. Gleichzeitig kann uns niemand garantieren, dass die aktuelle CDU/CSU-SPD-Bundesregierung sich tatsächlich bis 2029 halten kann. Da ist es doppelt vorteilhaft, wenn wir schon mittendrin sind im Organizing, sollte die Merz-Regierung scheitern.
Die Linke in TGL mit dem »Linkstreff« im Zentrum möchte auch weiterhin ein Ort der Begegnung sein. Aktivitäten wie »Die Linke hilft« sollen noch stärker beworben werden. Aktuell planen wir im Dichterviertel in Ludwigsfelde zusammen mit unseren Nachbar*innen eine Mieter*innenversammlung um die Missstände wie Schimmel, undichte Fenster und Türen sowie fehlende Bodenbelege in den Wohnungen der Vonovia zu dokumentieren und den Mieter*innen beizustehen, für deren Beseitigung zu kämpfen.
Auch im Skatepark, dem Jugendzentrum, den Seniorentreffpunkten und an den Haustüren der Stadt wollen wir unsere Präsenz (wieder) stärken. Die Menschen müssen erleben, dass Die Linke lebt und für Veränderung steht. Dafür aber brauchen wir jede Unterstützung, die wir bekommen können. Egal ob Sympathisant*in oder Mitglied. Wer anderen helfen möchte, ist herzlich willkommen und bekommt die Unterstützung der Linken. Nur gemeinsam verbessern wir diese Welt.

Tobias Lübbert, *Vorsitzender des Regionalverbandes TGL*

Analysieren – Aktivieren – Organisieren

Am 1. Oktober war Christian Nürbchen zu Gast bei der Linken TGL in Ludwigsfelde. Er ist Gewerkschafter und Genosse aus Elbe-Elster, der dort zu Beginn des Jahres als Landratskandidat für Die Linke kandidierte.

In Ludwigsfelde hielt er einen Vortrag zum Thema Organizing. Anhand eines erfolgreichen Betriebsratswahlkampfes analysierte er die wichtigsten Phasen des Strukturaufbaus. Diese Prozesse sind gut auf die Parteiarbeit übertragbar. Die traditionelle Parteiarbeit leidet oft unter einer Diskrepanz zwischen Mitgliederzahl und Aktiven. Der monatliche Infoabend reicht nicht aus. Während Mobilisierung, beispielsweise für den Infoabend, kurzfristig Sympathien für ein Ereignis aktiviert, baut Organizing langfristig Zugehörigkeiten auf, indem es Betroffene von Wütenden, Motivierten zu Handlungsfähigen macht.

Politische Veränderungen entstehen nicht primär in Parlamenten, sondern durch den Druck einer organisierten Vielheit. Der Kreisverband wandelt sich von einer administrativen Hülle zu einer Plattform für kollektive Selbstorganisation. Bürger*innen sind keine passiven Wähler*innen, sondern Akteur*innen mit eigenen Interessen und Ressourcen. Wenn wir es schaffen, diese von emotionalen Wähler*innen zu organisierten Sympathisant*innen oder zu Mitgliedern zu machen, würde Die Linke einen großen Schritt gehen und auch der anscheinend übermächtigen AfD wieder Wasser abgraben können.



Foto: privat

Christian Nürbchen war im Linkstreff Ludwigsfelde zu Gast.

Phasen der strukturellen Verankerung:

■ **Analyse:** Durch Power Mapping werden soziale Brennpunkte, Mieterinitiativen und Machtverhältnisse im Kreisgebiet sichtbar gemacht.

■ **Gespräche:** Das vertiefte Einzelgespräch an der Haustür identifiziert Probleme und schlägt die Brücke von individueller Wut zu kollektivem Handeln.

■ **Organische Führungspersonen:** Schlüsselpersonen im Kiez/Ort/Verein/Betrieb werden identifiziert, als Multiplikator*innen gewonnen und in Initiativen eingebunden.

■ **Aktion:** Auf Grundlage der Gespräche werden konkrete Mikrokampagnen gestartet (zum Beispiel Mietenstopp, Erhalt von Jugendzentren). Erfolge zeigen: Handeln wirkt.

Diese Aktionen können schlussendlich zur Mitgliedergewinnung und Mobilisierung führen. Mobilisierung ist nicht in sechs Wochen Wahlkampf möglich, sondern das Ergebnis der täglichen Verankerung unserer Partei vor Ort, die gerade im ländlichen Raum eher ab- als zunimmt. Wer seit Jahren bei Lohn- oder Mietkämpfen an der Seite der Bevölkerung steht, besitzt Glaubwürdigkeit. Anwesenheit und Verlässlichkeit als Partner*in erzeugt Vertrauen, das über eine Aktion hinausgeht. Wir schaffen so kollektive Stärke und machen Wahlkampf zum organischen Ergebnis nachhaltiger, jahrelanger Basisarbeit.

Tobias Lübbert,
Vorsitzender des Regionalverbandes TGL

Dabei sein

Termine und AKTIONEN
(Unter Vorbehalt)

Linkstreff Ludwigsfelde, Maxim-Gorki-Str. 10

Sitzung Regionalvorstand TGL
Mo., 19.10. und 16.11.,
jeweils 18:00 Uhr

Linke Stunde
Do., 05.11., 18:00 Uhr

Linker Seniorentreff
Di., 10.11., 10:00 Uhr

Linkes Frühstück
Sa., 28.11., 10:00 Uhr

Linkstreff Luckenwalde, R.-Breitscheid-Str. 19

Basistreffen Stadtverband Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal
Mi., 11.11., 15:00 Uhr

Beratung Kreisvorstand
Mi., 18.11., 18:30 Uhr

Linkstreff Jüterbog, Große Straße 62

Seniorennachmittag
Di., 10.11., 14:30 Uhr

Überregional:

19. Mitgliederversammlung des Kreisverbandes
Sa., 07.11., 10:00 Uhr
Kreishaus Luckenwalde

Pogromgedenken
Mo., 09.11.,
Orte und Uhrzeiten noch offen

Gedenken zum Volkstrauertag
So., 15.11.,
Orte und Uhrzeiten noch offen

Veranstaltungstipp

28.+29. November 2026

Best Western Premier Airporthotel Berlin
Jonas-Lie-Straße 11
15831 Blankenfelde-Mahlow

BEI UNS
LANDES-PARTEITAG
IM LANDKREIS

Offen für alle Mitglieder

Die Linke

Vor Ort und im Netz

Die Linke in Teltow-Fläming:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
R.-Breitscheid-Straße 19
Mittwoch 14:00–18:00 Uhr
Telefon: 03371 632267
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Dienstag 10:00–12:00 Uhr
Telefon: 03372 432691
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-süd.de

14974 Ludwigsfelde
Maxim-Gorki-Straße 10
Dienstag 10:00–13:00 Uhr
Donnerstag 16:00–19:00 Uhr
Telefon: 03378 510653
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf
instagram.com/dielinke.tf

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN: DE80 1605 0000 3633 0274 15

Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Papier sparen?

Bestellen Sie den Linksblick online und erhalten Sie ihn zukünftig per E-Mail: kurzelinks.de/vvon

Impressum

Herausgeber: Kreisverband Teltow-Fläming der Partei Die Linke

V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de

Redaktion: Felix Thier
redaktion@dielinke-tf.de

Redaktionsschluss:
06. Oktober 2026

Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100 % Recyclingfasern

Auflage 1.500, Oktober 2026

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Zuckertütenfest in Jüterbog



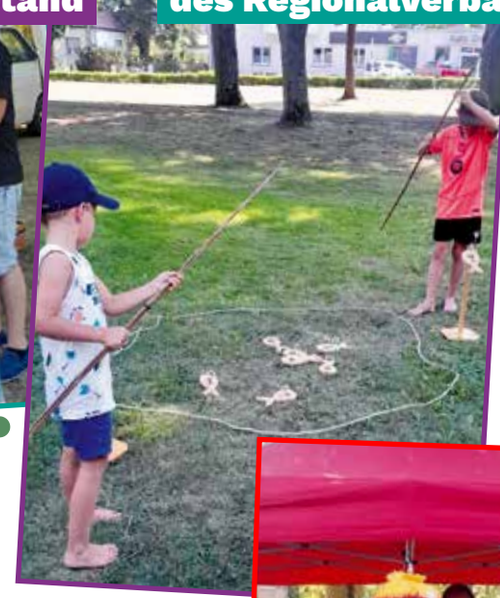


Helfer*innen beim Auf- und Abbau und Transport der Tische und Bänke

Wir sagen DANKE an die:



Helfer*innen am Kuchenstand



Kuchenbäcker*innen des Regionalverbandes



Alle Fotos: privat

Der 15. August 2026 war ein sehr heißer Sommertag. Die Schattenspender im Schlosspark sorgten für eine angenehmere Atmosphäre.

Mit viel Enthusiasmus bauten die Genoss*innen des Regionalverbandes Teltow-Fläming Süd, die Sympathisant*innen und alle Helfer*innen die einzelnen Pavillons, Tische und Bänke sowie alle Stände für das Fest auf. Mit einer elektronischen Anlage wurde das Zuckertütenfest akustisch bereichert.

Die Hüpfburg weckte bei den anwesenden Kindern großes Interesse und Vergnügen. Bei Spiel, Spaß, beim Basteln und Schminken verging die Zeit recht schnell. Großen Andrang gab es bei den (wieder abwaschbaren) Tattoos.

Nicht alle vorbereiteten Angebote (das Büchsenwerfen, der Quiz) konnten durchgeführt werden. Es fehlten leider die dafür notwendigen Helfer*innen. Für das kulinarische Angebot gab es selbstgebackenen Kuchen, Popcorn durch die Kita »Glühwürmchen«, Kaffee und natürlich viele kalte Getränke. Für die Schulanfänger*innen waren die Zuckertüten natürlich die größte Attraktion. Diese selbst auszuwählen, freute die Kinder riesig.

Petra Haase,
Mitglied des Vorstandes des Regionalverbandes